Gleichzeitig erklärte der Angeklagte Adler von Richterswil am Zürichsee: „Ich führe dem Befehle nicht Folge, weil es gegen meine Ueberzeugung gehen würde, gegen die Streikenden zu marschieren.“ Sein Verteidiger hob hervor, daß er nicht organisiert sei, wohl aber sein Vater, der Obmann der Gewerkschaft der Mechaniker sei, so daß der Sohn [illegible] müsse, in die Lage zu kommen, gegen den Vater [illegible] zu müssen. „Ich wollte nicht marschieren,“ erklärte der Schlosser Sigg, geboren 1882, weil die Truppen gegen meine Brüder vorgingen.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, wieso er das wisse? erklärte er: „Ich hab es gehört.“ Auf die weitere Frage des Präsidenten, ob er nicht meine, daß die Ordnung durch das Militär wieder hergestellt werden müsse, antwortete er bejahend: „Gewiß nicht, es war ja gar keine Unordnung.“ Gleichzeitig bestritt der Angeklagte Zangg das Vorhandensein irgendwelcher Unordnung. „Die Aufregung kam durch das Militär!“ Der Vater des Angeklagten Gaudin war trotzdem Streikenbrecher und er wurde daher zu seiner Rechtfertigung: „Ich marschiere nicht gegen meine Brüder im Elend, noch weniger gegen meinen Vater. Mein Vater wollte Brot und kein Blei.“ Als der Präsident gefühlsroh diese Worte für Phrasen erklärte, antwortete Gaudin: „Ich spreche nur so, ich denke. Ich spreche nicht für mich, sondern für die meinigen, den Vater, die Kollegen.“ Weiter bekannte er, daß in der Instruktionsstunde immer nur von äußeren Feinden, nie aber von solchen des Inlandes gesprochen worden sei. Es sei ihm daher ganz unverständlich erscheinen, jetzt gegen Streikende aufgeboten zu werden. Ein Streikender Straßenbahnkondukteur, Gottfried, verwiesene den Dienst, als er sah, daß die Soldaten die Straßenbahn erstürmten, um die Streikbrecher zu schützen — und dabei hätte er als Streikender selbst mitbelfen sollen! Er machte auch Mitteilungen über die traurigen Lebensverhältnisse der Genfer Straßenbahner; er selbst verdiene 3.80 fr. bis 4 fr. pro Tag. Außerordentlich mutig stand diesen Angeklagten sein Verteidiger, Professor Rabinowitz an der Genfer Universität. Er verteidigte das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter, das aber die militärische Praxis durch ihr Eingreifen zu vernichten suche. Die Ausübung der Vereinsrechte ist in der Praxis der Arbeiterbewegung durchaus ein Akt der Solidarität und Brüderlichkeit. Der Angeklagte habe moralisch gehandelt und das habe ihn vor das Kriegsgericht gebracht. Der Angeklagte erhielt nur 48 Stunden Arrest, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde, im Gegensatz zu seinen Mitangeklagten, die meistens zu 2, 3 Monaten und 4 Monaten verurteilt wurden.

Mit aller Schärfe und Klarheit, wie das von ihm zu erwarten war, deckte dieser Genfer Sigg das perfide Spiel, das die Genfer Bourgeoisie und ihre Regierung zur gewaltsamen Niederschlagung des Generalstreiks und des Generalstreiks spielte, aus. „Die Aufrechterhaltung der Ordnung war nur der Vorwand zum Schutz kapitalistischer Interessen.“ Auf eine Frage des Präsidenten erklärte er, daß er im Kriegsfalle gegen einen äußeren Feind das Gewehr nehmen würde, nur wäre andere aber mit dem Bewußtsein, daß er unterstützt das Vorgehen der Feinde seiner Sache sein könne und Arbeiter morden müsse, die ihm vielleicht näher stünden, als schweizerische Plutokraten. Ueber seine Gesinnung äußerte sich Sigg, daß er Sozialdemokrat, Kollectivist und Antimilitarist sei. Weiter ist zu erwähnen, daß Sigg dem Streik vom Anfang an vermachtanden und sogar mit Wurst erwartet und die Streikenden selbst bewußt zur Ruhe ermahnt habe. Trotzdem machte Sigg in den Augen des Staatsanwalts der Urheber — der geistige Urheber — des Streiks sein, wofür er 6 Monate Gefängnis erhalten sollte. Die Zuhörer des militärischen Staatsanwalts verfluchte der Verteidiger, Genosse Rapin-Lausanne, in 2½ stündiger Rede, wobei er auch die entsetzlichen Urteile des Kriegsrates in der Schweiz geißelte, der das ganze Land zu einer Kaserne machen möchte. Sigg bekam die höchste Strafe von sämtlichen 17 Angeklagten mit 4 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Kriegsgerichts mit ein Jahr, die auch gegen fast alle anderen Verurteilten ausgesprochen wurde; 5 davon, die Unteroffiziere waren, wurden degradiert.

Besondere Erwähnung verdienen noch einige Aeußerungen aus der Rede unseres Genossen Doctor-Lausanne, der den Schweizer Rechtsanwalt verteidigte. Er konstatierte, daß das Militärdepartement in Bern auf das Kriegsgericht einen Druck ausübte, indem es am Schlusse eines Schreibens an das kantonale Militärdepartement in Genf bemerkte: „Denken Sie daran, daß das gesamte schweizerische Militärwesen an Ihren Verhandlungen das größte Interesse hat.“ Das ist eine ganz unverschämte Bezeichnung der Militärjustiz durch den Kriegsminister, und als solche hatte sie auch der Kriegsgerichtspräsident empfunden, denn er hatte jene Worte bei der Verlesung des Schreibens — verschwiegen. Weiter konstatierte Doctor, daß die Truppen scharf geladen hatten. Er erinnerte daran, daß die Leute so patriotischen Geistes Kriegsleute 1847 und Paris desertierten, als sie gegen den Sonderbund aufgeboten werden sollten. Nur ihre Waffen hatten sie zurückgelassen. Die Arbeiter aber sind nicht ausgewichen. Sie stehen vor den Richtern, nicht um Gnade, sondern um Gerechtigkeit zu fordern.

---

entgegengetragen wie bei anderen Damen, und mancher Ballen Wolle wanderte als milde Gabe in die Missionsgesellschaft für die armen frierenden Heidenkinder am Kongofluß.

Aber außerdem, daß sie Spartanerin im großen wie im kleinen als Familieneigentümlichkeit geerbt hatte, verhaßt sie vielen Herz schwächlicher, untüchtiger Menschen, der aus dem Bewußtsein entspringt, daß sie nur ihrem Geld alles verdanken, und daß sie mittellos notwendig zu Grunde gehen müßten. Die harten Thalerchen waren der Lebensquell der alten Jungfer, und sie war in steter Angst, daß dieser einmal versiegte.

Ida Felicke hatte nun eine Schwester besessen, die gänzlich aus der Art geschlagen war. Heiter und lebensluftig, besaß diese Schwester eine gänzliche Verachtung der langweiligen blauen Strümpfe, mit denen sie sich nur verschonen konnte, wenn sie sie möglichst schnell für schöne Toilette, fröhliche Gesellschaften und all solchen Tand ausgab. Im übrigen jedoch dachte sie, daß arme Leute viel amüsanter seien.

Als sie achtzehn Jahre alt war, warf sie denn auch alle Weltrücksichten über den Haufen, indem sie sich mit einem Kavallerieoffizier verlobte. Er war ungefähr der erste, den sie kennen gelernt hatte. Aber sie war so leidenschaftlich entschlossen, diesen zu heiraten und keinen anderen, daß ihre Mutter schließlich nachgeben mußte.

Die wenigen Jahre der Ehe, die das Schicksal den beiden gewährte, waren die reine Familientragödie gewesen zwischen der herrischen Schwiegermutter, die seit in ihrer Wolle und auf ihren Geldsäcken saß, und dem jungen Paarchen von Habenichts, das auf den Zuschnitt von Hause angewiesen war, da der Gemahl weiter nichts mitgebracht hatte als Schulden.

Zuerst zeigte die Schwiegermutter sich freigebiger, als man hatte erwarten sollen. Sie kaufte ihrer Tochter ein Rittergut in der Nähe von Leipzig. Aber der Mann konnte sich in die eigentümlichen Verhältnisse nicht finden. Er war ein hochfahrender, adeliger Herr, der für das Geld, welches er bekam, wenigen Dank wußte. Um das Gut hochzubringen, steckte er sehr viel hinein, das die Schwiegermutter den Beutel zuknüpfte. Es kam zu großen Auseinandersetzungen. Dann folgten einige Briefe, die hin- und herflogen. Der Offizier gebrauchte Ausdrücke wie „elende Krämerwirtschaft“. Darauf antwortete die Alte ihm mit den aufgesuchtesten Bosheiten. Auf der Adresse titulierte sie ihn den „Herrn Rittergutsruinierer“. Die Folge davon war, daß der Schwiegersohn seine Schwiegermutter überhaupt nicht mehr grüßte. Er nannte nicht mehr ihren Namen, sondern hieß sie nur „die Wollene“ oder auch, weil sie am Terrassenufer wohnte, „das Terrassenufer“. Und er hatte eine so eigentümliche Art das Wort auszusprechen, daß es klang, als wenn er ausspucke.

(Fortsetzung folgt.)

Der Genfer Advokat Willemin verbitte nicht den Hinweis auf eine nahelegende Analogie. „In einem fremden Staat hat ein Offizier von den Rekruten verlangt, daß sie im Sinne seiner Befehle handeln, wenn sie im Notfall auf Vater, Mutter und Geschwister schießen! Sollte es möglich sein, daß dieser Geist des Erlasses in unserer demokratischen Republik Fuß fassen und Verteidiger finden könnte?“ Könnte? In seiner schönen Einheit Thatsache! Derselbe Verteidiger wies auch auf den bekannten Fall des französischen Oberleutnants Hamon hin, der für ein Vergehen weit sehr geringer Strafe hatten kam, als man in Genf beabsichtigt.

Wir möchten noch daran erinnern, daß die Zetliner Revolutionäre von 1890 unter dem Jubel derselben sozialdemokratischen und arbeiterfreundlichen schweizerischen Bourgeoisie freigesprochen wurden, von der Anklage des Hochverrats und daß die Urheber heute noch Regierungs-, National- und Ständeräte sind. Dabei ist damals ein nationaler Minister von den radikalen Revolutionären niedergeschossen worden.

Die Genfer Verdrängungs und Urteile sind Monumente der Schande der Schweiz, sie bedeuten die Proklamation des offenen, brutalen Klassenkriegs der Besitzenden gegen die Besitzlosen, sie bedeuten ein Sedan für die schweizerische Armee!

Die schweizerische Sozialdemokratie kann mit diesem Gang der Dinge außerordentlich zufrieden sein.

Politische Uebersicht.

Noch eine Kaiserrede gegen die Sozialdemokratie.

Am Freitag hat zu Breslau die „Arbeiterkundgebung“ vor dem Kaiser stattgefunden, die wir schon vor einigen Tagen auf ihren wahren Wert hin charakterisieren konnten. Im Fürstenzimmer des Bahnhofs, gleich nach der Ankunft, empfing der Kaiser eine aus 15 Mitgliedern bestehende Deputation Breslauer Arbeiter. Einer von ihnen überreichte mit kurzen Worten eine Adresse, worauf der Kaiser mit folgender Ansprache antwortete:

Daß die Arbeiter Breslaus sich entschlossen haben, zu mir, ihrem Könige und Landesvater, zu kommen, erfüllt mich mit freudiger Befriedigung und das in zweifacher Weise. Zum ersten habt Ihr meine in Eure Augen ausgesprochenen Erwartungen nicht getäuscht, zum andern habtet Ihr das Andenken meines seligen Freundes Kruppvorwurfsfrei wahren helfen. Von Herzen danke ich dem Sprecher für seine warm empfundenen patriotischen Worte. Sie zeugen davon, daß ehrenhafte Gesinnung und Anhänglichkeit an König und Vaterland unter Euch frei wurzeln. Euer Stand ist stets Gegenstand meines eingehenden Interesses und meiner Fürsorge gewesen, denn mit Stolz konnte ich im Auslande verkünden, wie der deutsche Arbeiter vor allen anderen angesehen wird — und mit Recht. Ihr dürft freudig an Eure Kraft schlagen und Euer Arbeit und Eures Standes stolz sein. Durch die herrliche Vorsicht des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, in von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt worden, durch die für die Arbeiter eine gesicherte, gute Existenzbedingung geschaffen worden ist bis ins Alter hinein unter Aufbringung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in dem die Gesetzgebung in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist. Auf Grund dieser von Unseren Königen Euch zugewandten großen Fürsorge bin ich berechtigt, auch ein Wort der Mahnung an Euch zu richten. Jahrelang haben Ihr und Eure Brüder Euch durch die Agitatoren der Sozialisten in dem Wahne erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehört oder Euch zu ihr bekennt, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung Eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge und ein bewußter Irrtum. Statt Euch abgeben zu verleiten, versuchen die Agitatoren Euch aufzuhetzen gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und sie haben Euch zugleich auch rücksichtslosest ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben ist und die sich schließlich auch an Gerichten vergriffen, was vor denselben bestehen: an der deutschen Mannestreue! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu thun haben, nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. Nein! sendet uns Eure Freunde und einen Kameraden aus Eurer Mitte, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung. Der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiterstandes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammenarbeiten für des Volkes und Landes Wohl. Es wird so für Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich seit sofort werden auf der Königstreue und auf der Achtung vor dem Gesetze und dem Staat, vor der Ehe, vor Mitbürger und Bruder, getreu dem Schriftwort: Fürchtet Gott, haltet Eure Brüder lieb und ehret den König.

Nach dieser Ansprache ließ sich der Kaiser die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen. Er erkundigte sich nach der Herkunft der Einzelnen, richtete, wie die Ordnungsberichte sagt, „an jeden derselben einige freundliche Worte“ und fuhr dann gleich wieder ab. — Anscheinend ist die Reise nach Breslau nur dem Zwecke gewidmet gewesen, diese Adresse entgegen zu nehmen.

Die von dem Kaiser auf dem Bahnhof empfangene Deputation bestand, wie Wolff telegraphiert, aus sechs Arbeitern der alten Linkeschen Fabrik, aus vier Arbeitern der Linkeschen Maschinenbau-Anstalt, zwei Arbeitern der Hoffmannschen Wagenbau-Anstalt und aus je einem Arbeiter von Henno, Tauber, Meinecke, Treitenberg, Suckow und Hackmann. Die Ansprache, welche der „schon mehr als 25 Jahre“ in der Linkeschen Wagenbau-Anstalt beschäftigte Federschmied Karl Clausnitz hielt, lautet:

„Mehrere Tausend Arbeiter der Breslauer Waggonfabriken und Maschinenbau-Anstalten bitten Euer Majestät ehrerbietigst Verbindungen darbringen zu dürfen. Das Vertrauen, welches Euer Majestät in der Eisener Rede den deutschen Arbeitern schenkten, hat uns mit tiefempfundenem, ehrfurchtsvollem Dank erfüllt. Wir geloben Euer Majestät unentwegte Treue und bitten zu Gott, er möge Euer Majestät segnen und schützen immerdar!“

Breslau ist seit langem eine Hochburg der Sozialdemokratie. Schon seit 1878 ist Breslau-Ost mit einer einzigen Ausnahme stets von Sozialdemokraten vertreten worden, und Breslau-West teilt dies Schicksal seit 1881 mit ebenfalls einer Ausnahme — die Wahl von 1898 brachte dem Freisinn in der Stichwahl einen knappen Sieg.

Die Arbeiterschaft Breslaus ist sozialdemokratisch und daran ändert die Thatsache nichts, daß einige 16 Mann unter ihnen gefunden wurden, die sich dazu hergaben, die Adresse zu überreichen, daß sich einige Tausende fanden, die, unter dem Druck der trüben Konjunktur, in der Furcht vor der Arbeitslosigkeit diese Adresse unterschrieben. Wie wenig Wilhelms II. Kruppreden zu Essen daran etwas geändert hat, das zeigen ja am besten die Stadtverordnetenwahlen, die einen Tag vor dem Kaiserbesuch in Breslau stattfanden. Unsere Genossen unterlagen allerdings dabei, da der Breslauer Freisinn nach guter alter Gewohnheit für die Reaktionäre stimmte — aber die sozialdemokratische Stimmenzahl stieg gewaltig gegen die Hauptwahl — trotz der öffentlichen Stimmenabgabe. Das haben freilich weder die Seitens der Behörden noch die Arrangeure der „Arbeiterkundgebung“ dem Kaiser mitgeteilt, denn das hätte ein gar zu schlechtes Licht auf diese Kundgebung geworfen und hätte eine Rede, wie sie Wilhelm II. jetzt gehalten hat, doch einigermaßen erschwert.

Die Kritik der Kaiserrede selbst kann angesichts dieser bestehenden Thatsachen kurz sein. Der Kaiser bezeichnet die Lehre von der Klassensolidarität des Klassenkampfes als eine Lüge. Diese Kritik ist zunächst, aber eine Widerlegung der wissenschaftlichen Arbeiten unserer großen Vorkämpfer, aus denen diese Lehre hervorging, ist sie nicht. Der Kaiser behauptet die Führer, die Agitatoren der Partei, daß sie die Arbeiterschaft rücksichtslos ausbeuten, terrorisieren und knechten und eine Macht zur Ausstreuung feiger Verleumdungen mißbrauchen.

Diese Worte beweisen, daß der Kaiser von der deutschen Sozialdemokratie nur das Zerrbild kennt, das die Scharfmacher daraus machen — die deutsche Arbeiterschaft kennt unsere Partei besser und bei ihnen werden diese kaiserlichen Anrufe deshalb gerade das entgegengesetzte Erfolg haben, als Wilhelm II. beabsichtigt hat. Tatsächlich hat sich von den Worten Wilhelms II. über die soziale Gesetzgebung und die Arbeiterversicherung sagen. Gerade jetzt empfinden es Hunderttausende von Arbeitern am eigenen Leibe, daß die Sozialreform keineswegs den Arbeitern „eine gesicherte und gute Existenz“ schaffen „bis ins Alter hinein“.

Die „bedeutenden Opfer“ der Unternehmer aber können den Arbeiter nicht imponieren. Weiß er doch, daß sie vom Ertrage seiner Arbeit geleistet worden.

Der Kaiser fordert die Arbeiter auf, königstreue Arbeitervertreter ins Parlament zu schicken. Er dürfte damit bei den bürgerlichen Parteien wenig Gegenliebe finden. Der Gedanke ist alt und doch nie verwirklicht worden.

Die einzig wahre Vertretung der Arbeiterschaft ist eben die Sozialdemokratie! Die Wahlen, an die Wilhelm II. ja auch appelliert, werden's beweisen.

Aus dem Reichstag.

Die Abendsitzung vom Donnerstag gestaltete sich zu einer überaus stürmischen. Graf Ballestrem verließ, nachdem nach Beginn der Sitzung den Präsidentensessel; zum Ersatz für den Vorsitz der Präsident der Stürme, Graf Stolberg. Seine Nachgiebigkeit gegen die extravaganten Wünsche der Mehrheit die Erregung bei der Opposition gewaltig steigerte. Daß mit den vorgerückten Gewaltstreichen der Zöllner, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, auch die von der Majorität erzwungenen, vom Vormittag bis in die späte Nacht dauernden Sitzungen mit den ungeheuren Ansprüchen, die sie an die Kraft der Mitglieder stellen, einen nicht unbedeutenden Teil an der gewitterschwülen Stimmung tragen, wird allseitig anerkannt. Machen diese Dauersitzungen, wie Gothein und auch Bebel mit Recht hervorhoben, doch sogar einen wahrheitsgetreuen amtlichen Bericht zu einem Ding der Unmöglichkeit. Die übermüdeten, überarbeiteten Stenographen sind außer stande, diesen Anforderungen zu genügen.

Zuerst ging das Schachspiel zwischen Mehrheit und Minderheit in der alten Weise weiter, ohne daß besondere Zwischenfälle sich ereigneten. Es herrschte sogar ein fast humoristischer Ton; das Schreckenskind der Mehrheit, Dr. Arendt, diente als Zielscheibe der Witzespiele der Linken. — Aber alsbald änderte sich das Bild, als Graf Stolberg durch das Haus unserem Genossen Wurm das Wort entziehen ließ, weil er angeblich nicht zur Sache gesprochen habe. Die Mehrheit wurde vom Geiste des Treschgrafen Pückler erfaßt und vergnügte sich damit, „Jude runter“ zu brüllen; als Genosse Stadthagen das Wort zur Geschäftsordnung ergriff, erneuerte sich der antisemitische Lärm.

Von nun an wollte die Ruhe nicht wieder im Reichstagssaale einkehren. Die Spannung blieb; verschiedene Schlappen, die sie im Geschäftsordnungs-Kleinkriege erlitt, verschärften die erbitterte Stimmung der Zollmehrheit. Die ewigen beleidigenden Zwischenrufe von jener Seite verbesserten natürlich nicht eben die Stimmung der Linken. Ein Ereignis, das bekannt geworden war, diente natürlich nicht dazu, beschwichtigend zu wirken. Als Genosse Heine nach einer kurzen Geschäftsordnungsbemerkung sich an seinen Platz zurückbegeben hatte, rief ein Nationalliberaler — immerhin laut genug, daß es bei der freisinnigen Vereinigung gehört wurde —: „Kommen dem nicht ein paar Ohrfeigen herunterlangen!“ Dr. Pachnicke teilte unserer Fraktion den Namen des Biedermannes mit: es war der Major a. D. Plack, der bekanntlich in der Siedehitze künstlich entfachten Byzantinismus an Stelle unseres wegen „Majestätsbeleidigung“ verurteilten Genossen Schmidt zum Abgeordneten gewählt worden ist. Stadthagen, Bebel, Heine selbst brachten jeder, ohne den Namen des Edlen zu nennen, die Sache zur Sprache; übrigens sollen die eigenen Parteigenossen den etwas — derteren Abgeordneten zur Rede gestellt und aus dem Saal geleitet haben.

So war denn die Temperatur zu einer Gewitterluft wohl vorbereitet. Mit beneidenswerter Lungenkraft brüllte Liebermann von Sonnenberg eine Pöbelrede in den Saal hinein; der Vizepräsident Büsing sah sich genötigt, ihn zur Ordnung zu rufen. Heyl von Herrnsheim, der „Lederkönig“, seufzte nach einer Knebelung der Geschäftsordnung; der Brüllchordirigent und Kreuzzeitungsredakteur Dr. Kropatschek versuchte ohne besonderen Erfolg die Kapitalermanieren seiner junkerlichen Protzgeber zu kopieren. Heine und namentlich Bebel züchtigten aber die Hauptschreier der Mehrheit mit so empfindlichen Rutenstreichen, daß den Zöllnern die Lust verging, die Sitzung über Mitternacht auszudehnen.

Schon zehn Stunden darauf trat das Haus zu einer neuen Sitzung zusammen. Erster Gegenstand der Tagesordnung war eine Beschwerde Bebels über den Ordnungsruf, den ihm Vizepräsident Graf Stolberg am 3. Dezember erteilt hatte, weil er — schrecklich! — eine Aeußerung des Staatssekretärs Posadowsky als — unpatriotisch bezeichnet hatte. Leider läßt die Geschäftsordnung keine Debatte über eine solche Beschwerde zu: es gibt nur eine Abstimmung. Sie war auf Antrag Singer eine namentliche. Mit 188 gegen 63 Stimmen bestätigte der Reichstag den Ordnungsruf des Präsidenten. Von nun an darf nach eine Ministerbemerkung im Deutschen Reichstage nicht als „unpassend“ bezeichnet werden! Windthorst, Mallinckrodt und Majunke werden sich im Grabe umdrehen. So weit ist es mit dem Zentrum gekommen! Dieses Grad von Regierungsfrömmigkeit hätte der Trumpfpartei bisher selbst ihr erbittertster Gegner nicht zugetraut!

Nach diesem Akt der Selbstkasteiung begann [illegible] der Referate, Ueberweisungs- und Tagesordnungsdebatte. Die Doktoren Stockmann und Spahn führten das bekannte Marionettentheater auf: der eine beantragte Ueberweisung sämtlicher Petitionen eines Referates, der zweite Uebergang zur Tagesordnung über diese Anträge. Darauf kurze Polemik zwischen den beiden Mehrheitsparteien, zum Schluß: programmäßige Annahme des Antrags.